

Das Angebot des Konzernchefs von Siemens Joe Kaeser an Luisa Neubauer von Fridays for Future und Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen für einen Sitz in einem Aufsichtsgremium signalisiert Beobachtern, dass Klimaschutz-Propaganda einen Weltkonzern wie Siemens in merkwürdige Schwingungen versetzen kann.

Aus welchem Grund sollte Kaeser die junge Frau aus dem Reemtsma-Clan einladen? Wodurch ist sie besonders aufgefallen, außer durch ihr häufiges öffentliches Auftreten in Gesellschaft prominenter Personen und ihre starke Medienpräsenz? Für einen Großkonzern wie Siemens ist das Klimaschutz-It-Girl fachlich gesehen eine Niete. Was sagt diese Einladung über die Qualifikation des Aufsichtsrats? Ist ein Kotau vor dem grünen Zeitgeist wirklich notwendig? Oder schart sich nur Gleich und Gleich zusammen?

Über die verwandtschaftlichen Beziehungen Neubauers ist überraschend wenig zu erfahren. Vieles ist Spekulation, [hier](#) zusammengestellt. Daraus ergibt sich das Bild eines vom Luxus verwöhnten „rich kid“. In einem aufschlussreichen Interview mit GEO erläutern Luisa Neubauer und Carla Reemtsma, ebenfalls Sprecherin von Fridays for Future, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft verändern müssen.

- [Siemens verbeugt sich](#)
- [Fridays for Future antikapitalistisch? Der Schein trügt](#)
- [Reuige Sünder](#)
- [Greta schaltet sich ein](#)
- [Grün zieht](#)
- [Nachtrag, 13.01.20](#)

Siemens verbeugt sich

Der Stein des Anstoßes ist ein verbindlicher Auftrag an Siemens zur Lieferung der Zugsignalanlage für ein Kohlebergwerk in Australien. Das Kohlebergwerk wurde vom indischen Industriekonzern Adani geplant und soll eines der größten der Welt werden. Grüne erwarten, dass Siemens die Lieferungen einstellt und die Unterstützung für das Projekt zurückzieht.

Der Siemens-Konzern, dessen Vorstandsvorsitzender Joe Kaeser seit 2013 ist, zählt weltweit zu den größten Unternehmen der Branche Elektrotechnik und Elektronik. Der Unternehmenssitz ist in Berlin und München. Der Mischkonzern hat 385.000 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von 86,8 Mrd. Euro.

MARCUS HERNIG

**DIE RENAISSANCE
DER SEIDENSTRASSE**
DER WEG DES CHINESISCHEN
DRACHENS INS HERZ EUROPAS



FBV
FRIEDRICHSBURG VERLEGEN

Storchmann Medien

„Ich möchte, dass die Jugend sich aktiv beteiligen kann,“ sagt Kaeser, der Betriebswirtschaftslehre studiert hat. Er unterstützte Fridays for Future und habe deshalb Luisa Neubauer, [Sprecherin](#) von Fridays for Future in einem Aufsichtsgremium in der neuen Gesellschaft Siemens Energy einen Sitz angeboten. Luisa Neubauer begann 2015/2016 ein Studium der Geographie.

Es gebe unterschiedliche Interessenlagen von Aktionären, Kunden und auch der Gesellschaft, begründet Kaeser sein Angebot. Siemens müsse früher erkennen, wenn sich der Konzern an kritischen Projekten beteilige. Unternehmenspolitik nach Gefühlslage reicher Kinder?

Was Joe Kaeser auch immer dazu bewogen haben mag, sich selbst in die Nähe von „Sugar Daddys“ zu [rücken](#), er repräsentiert den Typus eines smarten Topmanagers, die Orientierungslosigkeit eines Weltkonzerns und zugleich die Folgen des globalen politischen Kesseltreibens gegen die Nutzung fossiler Energien und jedwede Form ihrer Unterstützung. Auch das erklärt den Zwiespalt des Siemens-Chefs.

Luisa Neubauer, das Gesicht von Fridays for Future in Deutschland, ist gewiss nicht „die“ Jugend. Die Studentin stammt aus dem wohlhabenden Zigaretten-Reemtsma Familienclan. Junge Frauen wie sie und Greta Thunberg, das schwedische Pendant, sind naturwissenschaftlich-technisch unbelastet, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, verfügen nicht einmal über Berufserfahrung. Aus welchem Grund sollte der Chef eines Weltkonzerns einem Gesicht einen Sitz im Vorstand anbieten?

Fridays for Future antikapitalistisch? Der Schein trügt

Die Propaganda von Fridays for Future gibt sich antikapitalistisch. Damit lassen sich rebellische junge Menschen, die für gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse auf die Straße gehen und gegen alte, weiße Männer protestieren, leichter ansprechen. Die alten weißen Männer lehnen sich indes genüßlich zurück und sehen zu, wie ihre Saat für die Rettung und Stärkung des Kapitalismus aufgeht.

Im Interview mit GEO [sagt](#) Neubauer: „Es geht darum, so schnell wie möglich Emissionen zu reduzieren, und das so gerecht und nachhaltig wie möglich, in Richtung eines guten Lebens innerhalb der ökologischen Grenzen. Auf dem Weg dahin, das wäre meine Vermutung, werden wir feststellen, ob das innerhalb eines kapitalistischen Wachstumsparadigmas möglich ist.“

Die Debatte über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht ergebnisoffen. Die Sieger und Verlierer stehen bereits fest, weil die Privilegien feststehen. Aus der privilegierten Position Luisa Neubauers lässt sich leicht sagen:

„Alle sind in der Pflicht, ihren Teil beizutragen und aus ihrer Komfortzone herauszukommen. Das klarzumachen, ist die Radikalität, die wir brauchen.“

Radikal sein heißt für Neubauer, radikal gegen andere sein. Denn die Studentin sieht für sich selbst keinen Grund, ihre Komfortzone zu verlassen.

„Wo willst du hin, in persönlicher und beruflicher Hinsicht?“, [fragte](#) sie emotion.de. Neubauer antwortete:

„Ich weiß noch nicht mal, wo ich in einem Monat sein werde, insofern sehe ich diese Frage prozessual. Ich lerne jeden Tag etwas dazu, erfahre, was mich glücklich macht. Ich bin, glaube ich, ganz gut zu begeistern: Ich schreibe, erzähle, diskutiere, moderiere und plane gerne. Ich liebe es, tagelang in der Bibliothek zu sitzen, Unmengen an Kaffee zu trinken und Bücher von alten weißen Männern wie Foucault oder Sartre zu lesen, die meinen, mir die Welt erklären zu können. Im Idealfall werde ich mich auch in der Zukunft ins politische Geschehen einbringen, für den Planeten und die zukünftigen Generationen.“

Bourgeois-Bohème (Bobo) nennt man die neue gesellschaftliche Avantgarde, die derartige Sätze zustande bringt. Dem Bobo steht Geld zur Verfügung und die reale Macht zur Seite, die sich für den weniger wohlhabenden Teil der Weltbevölkerung die „marktkonforme Demokratie“ ausgedacht hat. Für die Reichen ist die Klimapolitik der UN, der EU und der Bundesregierung bis hinunter in die Kommunen und Kindergärten und in die Einwanderungspolitik („Klimagerechtigkeit“) das neue Erdöl.

Es geht nicht um den Umweltschutz, auch nicht um das Klima. Das primäre Ziel ist, mit den Themen Umwelt und Klima den gesellschaftlichen Reichtum zum Vorteil einer Elite aus Politik und Wirtschaft zu sichern und neu zu verteilen. Dies ist durch den Zugriff auf Steuern leicht möglich. Durch Steuern und Griffe in die Notenpresse werden unendliche Mittel für Subventionen freigesetzt, die unter denen verteilt werden, die der Elite aus Politik und Wirtschaft nutzen und ihr dienlich sind.

Joe Kaeser wäre nicht Chef eines Weltkonzerns und hätte Luisa Neubauer nicht das absurde Angebot gemacht, wenn er das nicht wüsste. Auch andere Topmanager wissen, dass es ihnen nicht an den Kragen geht, wenn sie auf das scheinbar antikapitalistische Geschrei verständnisvoll und nachgiebig reagieren. Sie haben in Wirklichkeit nichts zu verlieren. Diese Sorge hat ihnen Jeremy Rifkin offenbar erfolgreich genommen.



Das Ziel der Bundesregierung ist, die Industrieführerschaft Deutschlands zu sichern. Sie macht viel Tempo, aus Furcht, dass andere schneller sind und Kritikern die Luft für Kritik zu nehmen. Die Befürchtungen, die Industrie werde sich wegen der zu hohen Energiekosten und der unsicheren Stromversorgung aus Deutschland zurückziehen und Deutschland werde deindustrialisiert, werden sich bewahrheiten, wenn Deutschland das Geld der Bürger für die teure Subventionierung der Industrie und des öko-industriellen Komplexes ausgeht.

Das Gelingen von Industrie 4.0 hat nach Auffassung der Bundesregierung Erfolg, wenn in der Industrie der Zukunft Produktion und Energiemanagement eine Einheit bilden und sich deutlich von dem unterscheiden, was wir heute kennen. „Statt einer

Ansammlung isoliert wirtschaftender Betriebe wird dann ein vernetztes, hocheffizientes und flexibles System mit intelligentem Energiemanagement Waren energie- und rohstoffoptimiert herstellen", heißt es auf der Homepage "Energieforschung für die Praxis", herausgegeben vom FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur, bis 31.12.2018 gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMBF).



Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) legte im Januar 2018 eine [Studie](#) vor, in der er sich zur Energiewende und Klimapolitik der Bundesregierung bekannte.

"Gemeinsam mit der Politik und allen gesellschaftlichen Akteuren setzt sich der Bundesverband der Deutschen Industrie für ein Gelingen der Energiewende und die Erreichung der Klimaziele ein".

Der Kreis der Klima-NGOs hatte sich damit offiziell um ein bedeutendes Netzwerk-Mitglied vergrößert. Der Industrieverband erklärt:

"Mit der Energiewende hat Deutschland ein ausgesprochen ambitioniertes Projekt auf den Weg gebracht, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Energieversorgung zum Wohle des Klimaschutzes weitgehend umzubauen. Die deutsche Industrie unterstützt und begrüßt dieses Projekt und will mit ihrem Fachwissen und ihrer Innovationskraft entscheidend dazu beitragen, dass die Energiewende gelingt. "

Der BDI verpflichtet sich dem "Wohle des Klimaschutzes", nicht dem des Volkes. Einer der letzten gesellschaftlich relevanten Verbände in Deutschland hat sich der politischen Zielsetzung zu Gunsten einer "großen Transformationen" der Gesellschaft angeschlossen. Das Fundament der Ideologie von „Großen Transformation“ wurde bereits 2011 im 420 Seiten umfassenden Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung (WBGU) "Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" gelegt.

Viel zu wenig beachteten Anhänger und Kritiker der Klimapolitik, dass im Sinne des Hauptgutachtens nicht die Menschen im Mittelpunkt staatlichen Handelns stehen,

sondern den Klimaschutz. Die Gesellschaft hat die Anforderungen zu erfüllen, die von der Regierung zum Schutz des Klimas für notwendig erachtet werden. Dem Staatsziel Klimaschutz haben sich alle Bereiche der Gesellschaft unterzuordnen. Erreicht werden soll dieses Ziel mit Hilfe von „Mainstreaming“. Legislative, Exekutive und Judikative werden zum Handeln und zur Konkretisierung des Staatsziels Klimaschutz verpflichtet, heißt es in dem Hauptgutachten.



Es lohnt sich ein Blick in Richtung grünen Denkens: Für den [Wandel im Energiebereich](#) spielt [Jeremy Rifkin](#), ein US-amerikanischer Soziologe, Ökonom, Publizist, Gründer und Vorsitzender der Foundation on Economic Trends, eine wichtige Rolle. Das Handelsblatt [bezeichnete](#) Rifkin als “der Gute-Laune-Bär unter den Top-Beratern von Politikern und wichtigen Vorstandschefs”, die taz nannte ihn “*das grüne Gewissen des Planeten*”. Rifkin zählt zu den Beratern der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ist bei großen Konzernen häufiger Gast.

Im Juni 2013 hielt Rifkin eine [Rede auf dem Dresdner Zukunftsforum](#). Er sagte: “Große Energieunternehmen von heute müssen sich in eine neue Rolle einfinden, die IT-Unternehmen schon in den 1990er Jahren gefunden haben: weg von der Produktion und hin zu Management und Networking.” Energieunternehmen sollen keinen Strom mehr produzieren, sondern das Gesamtmanagement der dezentral handelnden Produzenten übernehmen. In einem Interview mit der Zeit [sagte](#) Rifkin, dass deutsche Energieriesen einsähen, dass die wirklichen Wachstumsmöglichkeiten in einem “neuen Geschäftsmodell” für die Energiekonzerne liege. Das alte Geschäftsmodell sei viel zu teuer und die Stromnetze seien ineffizient, der Emissionshandel werde fossile Energien noch unerschwinglicher machen: “Das ist ein Spiel für Verlierer.”

Reuige Sünder

Den Topmanagern hält der ehemalige Leiter des Liberalen Instituts Detmar Doering einen Spiegel vor. Er [sagt](#), dass sie als „reuige Sünder posieren, die in Form von

grünlichen Imagekampagnen oder Maßnahmen im Sinne der Corporate Social Responsibility Ablasszahlungen leisten.“ „Nur wenige Unternehmen wehren sich heute noch, wenn sie Opfer antikapitalistischer Propaganda werden“, fährt Doering fort.

Doerings Einschätzung ist nicht zu widersprechen. Nur sollte man Firmenchefs, Gewerkschaften, Aktionäre, Kirchen und Umweltverbände nicht als Opfer der Propaganda betrachten. Sie sind Täter, voll verantwortlich für ihr Tun – und sie sind nicht antikapitalistisch.

Vorauselend gehorsam haben sich Gerichte, Medien und Bildungseinrichtungen dem Willen der Regierung Merkel gebeugt und dem Klimaschutzgesetz zugestimmt.

Greta schaltet sich ein

Auch die FAZ steht im Banne der politisierten Umweltschutzbewegung. Das Blatt berichtet, dass sich „die Klimaaktivistin Greta Thunberg in die Kontroverse eingeschaltet“ habe. Eine Autorität schaltet sich ein, etwa ein Lehrer bei einem ausufernden Streit unter Schülern. Aber kann sich ein 17-jähriges autistisches rich kid aus Schweden in die Planungen eines Weltunternehmens einschalten? Die UN, EU und die Bundesregierung haben mit Unterstützung von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Medien Greta zur Ikone aufgebaut. Deren private Meinung wird durch die Medien wie eine gottähnliche Stimme aus dem Jenseits verbreitet.

Ihr „erscheine“ es so, sagt die FAZ, „dass Siemens die Macht besitze, den Bau zu stoppen, zu verzögern oder zumindest zu unterbrechen.“ Die Schwedin habe am Samstag auf Twitter geschrieben: „Am Montag werden sie ihre Entscheidung bekanntgeben. Bitte helft dabei, sie dahin zu bringen, dass sie die einzige richtige Entscheidung treffen.“

Greta Thunberg kann fachlich nichts zur Lösung der Aufgaben von Siemens beitragen. Sie ist 17 Jahre alt, stammt aus einem privilegierten Milieu, ist Autistin, hat keinerlei Fachkenntnisse, die sie aufgrund ihres Alters auch gar nicht haben kann. Aber einige Menschen haben ihr aus geschäftlichem Interesse den Heiligschein verliehen.

Grün zieht

Siemens werde bis Montag, 13.01.2020, über die Lieferung der Schienensignalanlage an die Carmichael-Mine in Queensland, Australien, entscheiden, [sagt](#) Siemens-Chef Kaeser angesichts der Proteste laut „Welt“.

Es ist egal, ob Luisa Neubauer das Angebot von Joe Kaeser annimmt oder nicht. Sie hat es am heutigen Sonntag abgelehnt. Die symbolische Bedeutung ist jedoch wichtig. Weltweit verstehen die Klimaschützer das Signal: Es geht noch mehr, wenn ein Weltkonzern sich durch ordentlich Tamtam unter Druck setzen lässt.

Grüne bezeichnen das Siemens-Geschäft als „absurd“. Während die ganze Welt über die Brände in Australien spreche, werde dort „ein riesiger Klimakiller gebaut“, haben sie gesagt, berichtet „Welt“. Sie erwarten, dass Siemens die Lieferungen einstellt und die Unterstützung für das Projekt zurückzieht.

Das ist nichts anderes als grüne Symbolpolitik; denn den finanziellen Verlust kann Siemens verschmerzen. Wenn sich das Unternehmen offiziell zurückzieht, baut die Schienensignalanlage ein Siemens-Subunternehmen oder ein anderer.

Dass ein It-Girl und Bobo sich im Siemens-Aufsichtsrat nicht gut aufgehoben fühlen würde, ist nachvollziehbar. Aus vermutlich diesem Grund hat Luisa Neubauer heute das Angebot Kaesers abgelehnt und ihn laut FAZ aufgefordert, den ihr angebotenen Aufsichtsratsposten bei der Unternehmenstochter Siemens Energy mit einem Vertreter von Scientists for Future zu [besetzen](#).

Nun wird der Weltkonzern darauf achten müssen, dass ihm nicht nur der kleine Finger, den Joe Kaeser Luisa Neubauer gereicht hat, abgerissen wird, sondern mehr als die ganze Hand - zum Wohle der Klimaschützer.

Faina Faruz

Titelfoto: Nicooografie, pixabay

Nachtrag, 13.01.20

In einer außerordentlichen Vorstandssitzung beschloss Siemens am 12.01.2020, seine Vertragspflicht zu erfüllen.

Der Konzernchef Joe Kaeser teilte außerdem per Twitter mit, Siemens werde „ein wirksames Nachhaltigkeitsgremium einrichten, um die Umwelt in Zukunft besser handhaben zu können.“

<https://twitter.com/JoeKaeser/status/1216452638017048576>



Werbung

